



# Bildungsreform

Sofern sich die beiden Regierungsparteien wieder einmal auf einen Neustart ihrer Zusammenarbeit einigen, wird die Bildungsreform sicher ganz oben auf der Agenda stehen.

So sollen beispielsweise Schuldirektoren die Möglichkeit erhalten, sich die Lehrer an ihrer Schule selbst auszusuchen. Der Vorschlag ist in der Öffentlichkeit überaus positiv aufgenommen worden, und man kann annehmen, dass er auch im Parlament eine Mehrheit finden wird.

Die Politik und viele Experten erwarten sich eine bessere Qualität der Lehrpersonen, die in Zukunft um eine Stelle konkurrieren müssen und sich nicht darauf verlassen können, an irgendeine Schule zugeteilt zu werden.

Die Politik und viele Experten erwarten sich eine bessere Qualität der Lehrpersonen.

Die Wahrheit schaut jedoch anders aus. Wie gerade in den letzten Tagen in dieser Zeitung zu lesen war, droht in den nächsten Jahren akuter Lehrermangel. Nicht die Direktoren, sondern die Lehrer werden sich die Schulen aussuchen können, und die Direk-

toren werden auf absehbare Zeit jeder Person mit Lehrerausbildung nachlaufen müssen.

Einer von sicherlich mehreren Gründen für den Lehrermangel liegt in einer wenig leistungsfreundlichen Bezahlung und einem Gehaltssystem, das noch immer vom Senioritätsprinzip geprägt ist. Eine vor einigen Jahren beschlossene Reform hat daran im Prinzip kaum etwas verändert, weil der Bund zu wenig Geld investiert hat.

Für Vorarlberg ist diese Situation besonders problematisch: Es ist ein attraktives Zuzugsland, deshalb sind die Wohnkosten deutlich höher als in vielen anderen Gegenden Österreichs. Mit dem Zuzug ist ein hoher Migrantenteil in den Schulen verbunden, der das Bildungssystem vor besondere Herausforderungen stellt. Die gute Wirtschaftslage sorgt dafür, dass viele attraktive Jobs in der Privatwirtschaft vorhanden sind. Wenn immer weniger junge Menschen den Lehrerberuf anstreben, wird dies für Vorarlberg daher besonders negative Folgen haben. Finanzielle Anreize kann das Land keine setzen. Das Gehaltssystem der Lehrer ist nämlich Bundeskompetenz, eine der vielen Kehrseiten des Bildungszentralismus in Österreich.

Daran wird auch die nun geplante Reform nichts ändern. Weil viele sogenannte Experten verlangen, dass für die Bildung in Österreich ausschließlich der Bund zuständig sein soll und es keine Unterschiede geben darf, ist nicht zu erwarten, dass der Spielraum des Landes erweitert wird. Im Gegenteil: Die Möglichkeiten Vorarlbergs, sein Bildungswesen zu gestalten, werden immer weiter eingeengt, mit langfristig fatalen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft.